

In Verantwortung für Mensch und Natur: Perspektiven für Demokratie, Wirtschaft und Wohlstand in Afrika

Am 20. Juni 2009 fand im Rahmen der Afrika-Tage Nürnberg die Tagung „China in Afrika – Bedrohung oder Chance?“ statt. Teil der Veranstaltung war eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „In Verantwortung für Mensch und Natur: Perspektiven für Demokratie, Wirtschaft und Wohlstand in Afrika“.

Teilnehmer der Podiumsdiskussion waren:

- *Erich Stather, Staatssekretär BMZ*
- *Helmut Erdmannsdörfer, OSSBERGER GmbH + Co.*
- *Marlene Ruprecht MdB*
- *James Ngango, 1. Botschaftsrat Republik Rwanda*
- *Viola Erdmannsdörfer*
- *Dr. Boniface Mabanza, KASA/Werkstatt Ökonomie*
- *Moderation: Harald Weiniger*

Im Folgenden dokumentieren wir den Impulsbeitrag von Boniface Mabanza.

„Afrika kann es nur im Plural geben“. Mit dieser Formulierung wird zunehmend in den letzten Jahren gegen die sehr verbreiteten Uniformisierungstendenzen in der Abhandlung der Afrika-Themen auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Unterschieden in natürlichen Gegebenheiten, im Entwicklungsstand, in politischen Systemen und Traditionen verwiesen. Dies wird am Beispiel von zwei Nachbarländern Kongo und Ruanda deutlich, die in Bezug auf Größe, Bevölkerungsstruktur und -dichte, Ressourcenreichtum und politische Organisation große Unterschiede aufweisen. Dass einige dieser Unterschiede in Kombination mit anderen Faktoren zu Konflikten mit verheerenden Konsequenzen führen können, durfte spätestens seit dem zweiten Kongo-Krieg klar geworden sein. Auf einen anderen Konflikt möchte ich verweisen, der die Rede von Afrika als homogenem Raum im falschen Licht erscheinen lässt. Er betrifft innerhalb vieler Länder die divergierenden Interessen der lokalen Eliten und der Bevölkerungen. Die unterschiedlichen Voraussetzungen und die Interessenkonflikte müssen im Blick behalten werden, wenn wir von Perspektiven in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht für „Afrika“ sprechen.

Trotz aller Unterschiede bleiben die Schicksale afrikanischer Länder miteinander verwoben. Dies nicht nur aufgrund einer von Unterdrückung, Plünderung und Leid geprägten gemeinsamen Geschichte, sondern weil aktuelle multilaterale (WTO-Runden) und bilaterale Ver-

handlungen (EPAs) deutlich machen, dass isoliert viele afrikanische kleine Länder nur verlieren können. Nur Entschlossenheit und Zusammenhalten in Verhandlungen mit den den Welthandel beherrschenden Mächten können afrikanischen Ländern ermöglichen, Zugang zu den Märkten reicher Länder zu bekommen, gleichzeitig aber auch das Recht, ihre heimischen Produzenten und regionalen Märkte zu schützen. Es ist bekannt, wie subventionierte Produkte aus Europa Märkte in Afrika zu Preisen überschwemmen, mit denen lokale Produzenten nicht mithalten können. Profiteure sind dabei nicht die europäischen Kleinbauern, sondern die Lebensmittelkonzerne, die Millionenbeträge einstreichen. Während die EU die Subventionen aufrechterhält und sogar verstärkt wie im Fall von Milch, verlangt sie von afrikanischen Ländern die Öffnung ihrer Märkte.

Um den Schutz lokaler und regionaler Märkte zu gewährleisten, müssen sich afrikanische Länder und deren regionale Zusammenschlüsse einen handelspolitischen Spielraum für ihre nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien erkämpfen. Erforderlich ist die Schaffung einer starken Basis für eine echte Partnerschaft und einen Rahmen für eine Handelspolitik, die auf die Bedürfnisse der Menschen in den afrikanischen Staaten eingeht und ihnen dient. Die Herausforderung für viele afrikanische Länder besteht nicht darin, sich in den Welthandel zu integrieren, sondern die Natur ihrer bereits existierenden Integration in den Weltmarkt zu ändern und der nur graduell zu fördernden weiteren Integration in den Weltmarkt eine eigenverantwortlich definierte Richtung zu aufzudrücken. Dies bedeutet, dass die Schaffung und Konsolidierung der Binnenmärkte erste Priorität sein sollen. Erst wenn diese entstehen und sich bewähren, werden es die verschiedenen Wirtschaftsregionen Afrikas schaffen, die alten Abhängigkeiten (unter anderen von Entwicklungshilfe) zu brechen und die passive Beteiligung Afrikas an der globalen Ökonomie zu verändern¹.

Weder eine aufgebürdete, noch eine verfremdete Demokratie. Demokratie sollte nicht außenorientiert sein (in der Form und im Ergebnis auf ausländische Nutznießer ausgerichtet), sondern von Innen kommen und durch öffentliche Partizipation und Verantwortlichkeit die Berücksichtigung der Bedürfnisse (Gestaltungsmöglichkeiten und materielle Bedürfnisse) der Bürger fördern. Die außenorientierte Demokratie lässt sich auf formale Verfahren reduzieren (Wahlprozesse), die in der Regel reichen um die Anerkennung und die Legitimierung der Geldgeber zu erlangen. Diese gewähren den afrikanischen Regierungen freie Bahn für die Beantragung der Entwicklungshilfezahlungen. Für die ausländischen Partner dienen die formalen demokratischen Strukturen der Beruhigung der eigenen Öffentlichkeit und dem Zugriff auf strategische Bereiche (Handel, Rohstoffversorgung, geopolitische Interessen). Sie genießen es, mit „demokratisch“ legitimierten Regierungen Verträge abzuschließen und Kooperation in verschiedenen Bereichen in Gang gesetzt. Die Außenklientel gibt sich zufrieden mit der Formaldemokratie, die auch als Demokratie der Alternativlosigkeit bezeichnet werden kann. Sie braucht anscheinend diese Demokratie, um geopolitische und wirtschaftliche Interessen durchsetzen zu können. Die Legitimierung von Außen mag auf falschen Prämissen beruhen, sie entfacht aber eine Macht- und Bewusstseindynamik, die die Lokalen Eliten keine Notwendigkeit einer Legitimierung von Innen spüren lässt. Sie brauchen diese nicht. So

¹ Nach der Berechnung des Ökonomen Samir Amir ist der Anteil der Exporte an der afrikanischen Wirtschaftsleistung mit 45% höher als der anderer Kontinente (zwischen 15 und 25).

verschärft sich die Interessendisharmonie zwischen lokalen Eliten und Bevölkerungen und parallel die Interessenharmonie zwischen lokalen Eliten und globalen Wirtschafts- und Machtzentren. Eine Antwort auf diese frustrierende Form der Politikgestaltung ist die im Alltag zu spürende Politikverdrossenheit. Auch Gewalt kann an vielen Orten als Protestform gegen die Marginalisierung und die Vernachlässigung durch die Machthaber begriffen werden. Die Alternative zur Demokratie der Außenorientiertheit ist eine nach Innen, mit Substanz gefüllter und in den lokalen partizipatorischen Traditionen verwurzelten Demokratie. Dafür könnte sich die Besinnung auf die afrikanischen demokratischen Traditionen als hilfreich und zukunftsfähig erweisen. Für Vertreter, die sich Wirtschaftspolitik und Entwicklungsstrategien von Außen diktieren lassen, brauchen die Wähler in den afrikanischen Ländern nicht in Schlangen zu stehen. Eine Demokratie, die Unmündigkeit besiegelt, ist für Gesellschaften mit lebendigen und hoch entwickelten Traditionen der öffentlichen Debatte und der Verantwortlichkeit eine Beleidigung und für deren Unterstützer eine Schande.

Wohlstand für alle: das kapitalistische System begünstigt die Konzentration von Reichtum in den Händen einer Minderheit. Die Kluft zwischen Arm und Reich führt zur gesellschaftlichen Marginalisierung vieler Menschen. Einerseits verursacht diese Entwicklung viel Leid, andererseits hat sie zur politischen Folge die wachsende Macht in den Händen der wirtschaftlichen Elite der Gesellschaft. So schafft das kapitalistische System Strukturen, die die volle Partizipation der Menschen am Aufbau einer besseren Welt verhindern. Auch in Ländern mit hohem Wirtschaftswachstum lassen sich die guten Wirtschaftsdaten sehr unterproportional in der Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit umsetzen. Damit Wohlstand für alle entsteht, ist es notwendig, dass die lokalen Gemeinschaften die Möglichkeit haben, ihre Handlungsräume in Anspruch zu nehmen. Darin können sie Einfluss auf den Umgang mit ihren Ressourcen nehmen, ihre Bedürfnisse artikulieren und erforderliche Kontrollen ausüben. Wohlstand für alle setzt eine Umkehr der Akkumulationslogik voraus und ist im Rahmen einer Umverteilungslogik ausprobiert werden, die Leben mit dem Notwendigen für alle ermöglicht und nicht nur für wenige im Überfluss. Im Zentrum der Frage nach Wohlstand für alle steht die Frage nach partizipatorischer Politikgestaltung.

Nachhaltiger Wohlstand kann nur in einem Kontext gewährleistet werden, in dem der Naturraum als Lebensgrundlage der Menschen und Bestandteil der Selbstwahrnehmung der Menschen geschützt und gepflegt wird. Abbau von Bodenschätzen und anderen Ressourcen ohne Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit und Zukunftsfähigkeit ist unmoralisch. Er ist eine Ungerechtigkeit gegenüber den nächsten Generationen aber auch schon gegenüber den jetzigen Generationen na vielen Orten, deren Reichtum ohne Rücksicht auf Sozialverträglichkeit geraubt wird. Die Generierung von Reichtum ist unmoralisch, wenn Menschen, deren Arbeitskraft für die Produktion und Transformation von Waren benötigt wird, Löhne bekommen, mit denen sie ihre Sehnsucht nach einem Leben in Würde nicht verwirklichen können und dazu noch unter Bedingungen arbeiten, die für sie selbst und für ihre sozialen und natürlichen Grundlagen zerstörerisch wirken. Verantwortung für solche Menschen und deren natürliche Grundlagen zu übernehmen, bedeutet deren Kampf zu unterstützen, das Vorschreiten der Zerstörung zwecks Akkumulation zu stoppen.